

Die Deutschlandpolitik Konrad Adenauers

Von Rudolf Morsey

Mein Thema¹ ist seit dem 9. November 1989 einem Perspektivenwechsel unterworfen, wie ihn säkulare politische Umbrüche nach sich ziehen. Mit dem Übergang von der zweiten in die dritte deutsche Republik sind auch Teile der Literatur zur Deutschlandpolitik zu wissenschaftlichen Souvenirs geworden: einschlägige Publikationen jener Autoren, die den Wiedervereinigungswillen des Gründungskanzlers der Bundesrepublik Deutschland bezweifelt oder geleugnet, sein entsprechendes Postulat als »Wiedervereinigungsrhetorik« und »Lebenslüge« der Bundesrepublik bezeichnet haben.²

Erstaunlich dabei ist weniger die Tatsache als vielmehr die Selbstsicherheit, mit der manche dieser Autoren geradezu prophetisch verkündeten, das Ende der Ära Adenauer bezeichne die »endgültige Spaltung der Nation in zwei Staaten«; der Bau der Berliner Mauer habe die Teilung auf Dauer zementiert, kurz: der Übergang zur Zweistaatlichkeit Deutschlands sei irreversibel, wenn nicht sogar erwünscht. Inzwischen hat Jens Hacker entsprechende Spekulationen, Fehlprognosen und Wunschbilder von Wissenschaftlern, Publizisten und Politikern als »Deutsche Irrtümer« umfassend dokumentiert.³

An solche Irrtümer auch von Historikern zu erinnern, geschieht nicht aus nachträglicher Besserwisserie, sondern wegen des methodisch falschen Ansatzes zahlreicher Adenauer-Kritiker. Denn sie haben die Äußerungen des Bundeskanzlers über seine deutschlandpolitischen Zielsetzungen nicht ernstgenommen – im Unterschied zu deutschlandpolitischen Ansichten und

1 Es handelt sich um die überarbeitete Fassung eines Vortrags im Rahmen einer Tagung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung über »Die Deutschlandpolitik der Unionsparteien vom Beginn der fünfziger Jahre bis zur deutschen Vereinigung« am 25. Juni 1992 in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin. Ausführlichere Belege finden sich in meiner Abhandlung über *Die Deutschlandpolitik Adenauers* (Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften, Vorträge G 308, Opladen 1991). Nachgewiesen werden Zitate und einige seit 1990 erschienene einschlägige Titel. Hervorgehoben sei die zu unserem Thema bedeutsamste Neuerscheinung: Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967*, Stuttgart 1991.

2 Das betrifft von Historikern u.a. Rolf Steininger, Josef Foschepoth und Wilfried Loth (teilweise noch in 1991/92 veröffentlichten Publikationen). Neuerdings heißt es: Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten sei nicht etwa »wegen, sondern trotz« Adenauers Deutschlandpolitik erfolgt. So Josef FOSCHEPOTH in der *Frankfurter Rundschau* vom 13. Februar 1993 und Wilfried LOTH in *Das Parlament* vom 8. Mai 1992.

3 Untertitel: Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Berlin 1992.

Planspielen seiner Gegner – und deren Stellenwert verkannt. Dabei blieb nicht nur die große Zahl und die Konstanz einschlägiger Aussagen unberücksichtigt⁴, sondern auch deren politische Verbindlichkeit; denn Adenauer hat zweierlei erreicht: Er hat die Deutsche Frage vertragsrechtlich offengehalten und sogar die Westmächte auf die Mitbeteiligung zur Wiedervereinigung verpflichtet.

Bemerkenswert ist das Urteil des früheren Regierenden Bürgermeisters in West-Berlin und prominenten SPD-Politikers Klaus Schütz, der erste Bundeskanzler sei »kein Rheinbund-Politiker alten Stils gewesen«, wozu »einige ihn auch jetzt noch stilisieren, darunter so mancher Sozialdemokrat«.⁵ Damit widerspricht Schütz der Einschätzung Willy Brandts, wonach »der 'Alte vom Rhein' über weite Strecken anders geredet als gedacht« habe.⁶ Diese Annahme trifft, jedenfalls für Adenauers Deutschlandpolitik, nicht zu. Auch wäre eine solche Haltung über ein so langes Politikerleben hin – aus dem inzwischen genügend Äußerungen bekannt sind, die keineswegs für die Öffentlichkeit gedacht waren – nicht durchzuhalten gewesen.

Nach diesen Vorbemerkungen gilt es, zunächst die deutschlandpolitischen Wert- und Zielvorstellungen darzustellen, von denen der erste Bundeskanzler im Herbst 1949 ausgegangen ist.

Der damals 73jährige rheinische Christdemokrat besaß ein fest umrissenes Weltbild, bei dessen politischer Umsetzung er Grundsatztreue mit situationsgerechter Anpassung verband. Von allen nichtkommunistischen Politikern hatte er die radikalsten Konsequenzen aus der Niederlage des Reiches und aus der neuen weltpolitischen Konstellation gezogen. Seit 1945 hielt er angesichts der Polarisierung zwischen Ost und West Europa und Deutschland bereits für geteilt. Seine klassische Kurzformel dafür vom März 1946, »Asien steht an der Elbe«, umschrieb die »Grundtatsache«, die die europäische und deutsche Geschichte über mehr als vier Jahrzehnte hin bestimmen sollte. Angesichts dieser Wirklichkeit sah Adenauer »einstweilen« keine Möglichkeit für eine »Wiedervereinigung aller Zonen«. Die deutschen Ostgebiete hielt er, so am 11. Juni 1946, »bis auf weiteres« für verloren.

4 Vgl. Leo HAUPTS, »Adenauer und die deutsche Einheit«, in: *Geschichte in Köln*, H. 32 (1992), S. 16: »Wenn man die Deutschlandpolitik Adenauers beurteilen will, muß man die Kern-Aussagen wörtlich nehmen.« – Dazu vgl. jüngst Hans-Peter SCHWARZ, »Die Bedeutung Adenauers für die deutsche und europäische Geschichte«, in: *Nach-Denken. Über Konrad Adenauer und seine Politik*, hrsg. von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1993, S. 40: »Die von seinen Kritikern immer wieder vorgebrachte Behauptung, er habe zwar an offiziellen Wiedervereinigungspositionen festgehalten, im Herzen aber, wie oft behauptet wird, weder daran geglaubt noch dies erstrebt, verkennt in sehr unhistorischer Art und Weise, daß in der Politik letztlich allein das zählt, was ein Staatsmann völkerrechtlich und staatsrechtlich verbindlich äußert und vertraglich festklopfen läßt.«

5 *Logenplatz und Schleudersitz. Erinnerungen*, Berlin 1992, S. 229.

6 *Erinnerungen*, Berlin 1989, S. 54.

Aus der von ihm ständig »fortgeschriebenen« Konstellationsanalyse der internationalen Kräfteverhältnisse zog Adenauer, damals Vorsitzender der CDU in der britischen Besatzungszone, drei Folgerungen: Erstens gelte es, die expansionistisch-totalitäre Sowjetunion durch einen Zusammenschluß Westeuropas an weiterem Vordringen zu hindern. Zweitens wollte er die Deutschen westlich des Eisernen Vorhangs so rasch wie möglich aus Ohnmacht und Isolierung herausgeführt wissen. Sie sollten sich an einer neuen, supranational ausgerichteten Zielsetzung orientieren. Diese lautete: politische, kulturelle und ökonomische Integration mit den Demokratien des Westens. Die damit verbundene geistige Neubesinnung sollte künftig jede Abkehr von einem Weg des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats verhindern. Drittens hielt es Adenauer, ebenfalls als Lehre der Geschichte, für notwendig, den vor 1933 zwischen Ost und West hin- und hergerissenen Deutschen die außenpolitische Entscheidungsfreiheit für einen Sonderweg abzunehmen. Das galt für die Möglichkeit einer »Schaukelpolitik« zwischen West und Ost, aber ebenso für die einer nationalstaatlichen Restauration.

Mit der Adenauer vorschwebenden »westeuropäischen Föderation« ließen sich gleichzeitig weitere Ziele erreichen: Damit konnte das Sicherheitsverlangen der Nachbarvölker befriedigt, eine Aussöhnung vor allem mit Frankreich in die Wege geleitet, eine Neuauflage der Konstellation von Versailles verhindert und schließlich ein Verzicht der westlichen Anliegerstaaten auf Annexionen erleichtert werden. Der Gedanke einer europäischen Einigung war zudem das Symbol historischen Fortschritts gegenüber der diskreditierten Nationalstaatsidee. Er bot den Besiegten, ohne deren Zutun, eine politisch und wirtschaftlich attraktive Perspektive, kompensierte Souveränitätseinbußen und begünstigte eigene Vorleistungen. Schließlich ließ sich »im Schutze der Fahne Europas« die »Last der deutschen Vergangenheit leichter abtragen«.⁷

Adenauer ging davon aus (und hielt daran fest), daß die Freiheit der in den Westzonen lebenden drei Viertel der Deutschen einer etwaigen Einheit aller, aber in Unfreiheit, vorzuziehen sei. Für den Unionspolitiker, ebenso wie für den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, bildete die Bundesrepublik den deutschen Kernstaat. Dessen freiheitliches Verfassungsleben und wirtschaftliche Attraktivität (plus der Sogwirkung der europäischen Integration) mußten magnetische Anziehungskraft auf die Deutschen im kommunistischen Herrschaftsbereich ausüben.

Sie sollten durch Gewährung der Selbstbestimmung die Möglichkeit erhalten, über ihre politische Zukunft frei zu entscheiden. Der Rekurs auf dieses Grundrecht war nicht illusionär, denn die Menschenrechtskonvention der

7 Anneliese POPPINGA, *Konrad Adenauer*, Stuttgart 1975, S. 133.

Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 hatte auch Stalin unterzeichnet. Allerdings haben diejenigen Politiker und Historiker, die später dafür eingetreten sind, deutschlandpolitische »Angebote« des Moskauer Diktators ernst zu nehmen (»auszuloten«), nie verlangt, auch von der Sowjetunion die Menschenrechtsverpflichtung einzufordern.

Ein Überblick über die Deutschlandpolitik des ersten Bundeskanzlers muß von zwei Voraussetzungen ausgehen. Erstens: Die 1949 errichtete Bundesrepublik besaß nur eingeschränkte Handlungsfreiheit; über wesentliche Souveränitätsrechte wie Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik – durch Einbeziehung in den Marshall-Plan – verfügte die von den Hohen Kommissaren der drei Westmächte gebildete Alliierte Hohe Kommission. Diese Oberregierung auf dem Petersberg stützte sich auf die Besatzungstruppen ihrer Staaten und derjenigen, die mit ihnen in der NATO verbündet waren. Zweitens: Schon die Zielsetzung dieser gerade erst, im Mai 1949, gegründeten atlantischen Verteidigungsallianz begrenzte den Handlungsspielraum der Bundesregierung. Adenauer war anfangs in der Tat, wenn man Schumachers Zwischenruf vom 25. November 1949 im Bundestag seiner polemischen Zuspitzung entkleidet, »der Bundeskanzler der Alliierten«. Er selbst verstand sich hingegen als Kanzler der Besiegten im deutschen Kernstaat.

Welches aber waren die Interessen der westlichen Siegermächte und besonders der USA? Das Hauptziel ihrer Stabilisierungspolitik in Europa bestand darin, jede weitere sowjetische Expansion zu verhindern, konkret: einen Verlust der Bundesrepublik an den Osten, aber ebenso die Neutralisierung eines vereinigten Vierzonen-Deutschlands, das sowjetischer Einflußnahme offenliegen würde. Die dauerhafteste Form, um den neuen Staat zu gewinnen und gleichzeitig dessen Ausgleich mit Frankreich herbeizuführen, war seine Integration in die westeuropäisch-atlantische Staatengemeinschaft; denn sie verschaffte den Westmächten Sicherheit vor Deutschland, schuf aber gleichzeitig Sicherheit für Deutschland.

Diese Zielsetzungen deckten sich mit denen Adenauers. Sein Nahziel war es, der noch ungefestigten Bundesrepublik durch Integration in die westliche Staaten- und Wertegemeinschaft dreierlei zu verschaffen: zunächst Sicherheit, dann Gleichberechtigung und schließlich Souveränität.

Eine derartige europäische Neudefinition deutscher Interessen war revolutionär. Sie bedeutete eine historische Achsendrehung nach Westen. Dabei gab es für den Bundeskanzler keinen Zielkonflikt zwischen einer – wie er es in seinen Memoiren umschrieben hat – »Politik für Europa oder aber einer Politik für die deutsche Einheit«. Oberstes Ziel war Frieden in Europa sowie die Freiheit und Sicherheit von drei Vierteln aller Deutschen in der Bundesrepublik, nicht aber die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands unter Hammer und Sichel. Adenauer verband somit Westintegration und

Wiedervereinigung »in einer Politik der zwei Ziele«; dabei wies er dem Notwendigen und Erreichbaren Priorität zu.⁸

Andererseits erwartete der Bundeskanzler die Überwindung der Teilung nicht als automatische Folge der Westbindung. Sie allerdings galt als Voraussetzung, um die Bundesrepublik überhaupt – mit Hilfe der westlichen Bündnispartner – in künftige Verhandlungen über Deutschland einschalten zu können. Die Zeit dafür sah Adenauer jedoch erst – wie er unermüdlich wiederholte – nach einer Entspannung des Ost-West-Konflikts gekommen, der als Ursache der Teilung Deutschlands galt.

Dabei besaß er für sein Ziel, die Teilung Deutschlands zu überwinden, ungeachtet mancher apodiktischen und widersprüchlichen Äußerungen, weder einen Stufen- noch einen Zeitplan. Er vertraute vielmehr, aus dem Erfahrungsschatz eines langen Politikerlebens schöpfend, auf die Möglichkeiten geschichtlichen Wandels. 1876 geboren, hatte er den Glanz und den Untergang des Kaiserreichs erlebt, die Weimarer Republik und Hitlers Deutschland kommen und wieder verschwinden gesehen, genauso wie manche Staaten in Ost- und Ostmitteleuropa.

Noch im Herbst 1944 hatte er sich selbst zwei Monate lang in Gestapo-Haft befunden – davon überdies zehn Tage lang im gleichen Gefängnis in Brauweiler wie seine Frau, aber ohne voneinander zu wissen. Der Oberbürgermeister a.D. hatte bereits am 16. März 1945, noch sieben Wochen vor Kriegsende, die ersten Amerikaner, die ihn in Rhöndorf aufsuchten, verblüfft. Auf deren Frage nach seinen Plänen hatte er nämlich nicht etwa seine Mitarbeit beim Wiederaufbau der Trümmerwüste in Köln angeboten oder gar als selbstverständlich angesehen, sondern erklärt, er fühle sich vor allem dazu ausersehen, »das deutsche Volk von Grund auf zum Frieden zu erziehen«.⁹

1949 war auch für den ersten Regierungschef die Zukunft offen. Auch er konnte 1955, nach dem Erreichen der vertragsrechtlichen Westintegration einer nunmehr souveränen Bundesrepublik nicht voraussehen, wie sich die auch von ihm als unerläßlich betrachtete Entspannung des Ost-West-Konflikts auswirken würde: sie festigte zunächst – da ab diesem Zeitpunkt auch die Sowjetunion über atomare Waffen verfügte – den Zustand von 1945 in Europa.

8 Klaus GOTTO, »Die Sicherheits- und Deutschlandfrage in Adenauers Politik 1954/55«, in: *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung*, hrsg. von Bruno THOSS und Hans-Erich VOLK-MANN, Boppard 1988, S. 146.

9 *Adenauer im Dritten Reich*, bearb. von Hans Peter MENSING (Rhöndorfer Ausgabe, hrsg. von Rudolf MORSEY und Hans-Peter SCHWARZ), Berlin 1991, S. 334; Rudolf MORSEY, »Leben und Überleben. Konrad Adenauer im Dritten Reich«, in: *Geschichte im Westen* 7 (1992), S. 142.

Umso mehr hielt Adenauer daran fest, die Teilung Deutschlands nicht anzuerkennen. Dabei ging er vermutlich davon aus, daß die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße verloren seien. Gleichwohl hielt er am Menschenrecht auf Heimat fest und verstand die Grenzfrage als Verhandlungsgegenstand, wenn Moskau eines Tages freien Wahlen in ganz Deutschland zustimmen sollte.

Das Fundament für Adenauers Politik bildete weiterhin der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für ganz Deutschland aufgrund der These von der rechtlichen Identität mit dem Reich und wegen der alleinigen Legitimität des durch freie Wahlen konstituierten Kernstaats. Diese Treuhänderschaft wurde zunächst von allen demokratischen Parteien vertreten, von den Westmächten allerdings dahingehend eingeschränkt, daß die Bundesrepublik keine internationalen gesamtdeutschen Verpflichtungen eingehen durfte.¹⁰ Die vom SED-Regime beherrschte DDR galt weiterhin als »Ostzone« bzw. »Sowjetisch besetzte Zone« oder als »russische Kolonie«, wenn nicht gar als »Sowjetpreußen« (Herbert Wehner).

Adenauers Nahziel, die Westintegration der Bundesrepublik, schien mit dem Abschluß des Deutschlandvertrags Ende Mai 1952 erreicht: Mit diesem und dem von Frankreich angeregten, gleichzeitig abgeschlossenen Vertrag über die Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wurden die bisherigen Besatzungsmächte zu Partnern. Die Bundesrepublik erhielt Sicherheit und wurde vertrags- und bündnisfähig.

Der Deutschlandvertrag verpflichtete die Unterzeichnerstaaten – auch in der revidierten Fassung vom 23. Oktober 1954 –, bis zum Abschluß einer »frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland« zusammenzuwirken, »um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist«.

Es war dies genau jene Formel, auf deren Grundlage 1990 die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zur Einheit Deutschlands geführt wurden: ein bemerkenswerter Beleg für die Bedeutung von Rechtspositionen in der internationalen Politik.

Im Deutschlandvertrag waren die Unterzeichnerstaaten weiterhin »darüber einig«, die Festlegung der Grenzen Deutschlands »bis zu einer friedensvertraglichen Regelung« aufzuschieben. Allerdings verpflichteten sich die Westmächte nicht, aktiv für die Rückgewinnung der Ostgebiete einzutreten. Schon das Bekenntnis zum Offenhalten der Grenzfrage war ihnen müh-

¹⁰ Werner LINK, »Deutsche Ostpolitik und Zuständigkeit der Alliierten«, in: *Großbritannien und Ostdeutschland seit 1918*, hrsg. von Adolf M. BIRKE u.a., München 1992, S. 109.

sam abgerungen worden.¹¹ Beiden Abkommen – Deutschland-Vertrag und Bildung der EVG – mußten noch die Parlamente der Unterzeichnerstaaten zustimmen.

Die Zuversicht des Bundeskanzlers, künftig mit Hilfe eines einigen und starken Westens über ein europäisches Konzept die Teilung Deutschlands überwinden zu können, löste leidenschaftliche Kontroversen aus. Sie erreichten einen Höhepunkt nach dem 10. März 1952, nachdem Stalin den drei Westmächten die Aufnahme von Verhandlungen angeboten hatte. Deren Ziel war ein Friedensvertrag mit einem neutralisierten und nach DDR-Muster »demokratisierten« Deutschland im Sinne der Potsdamer Beschlüsse von 1945 (ohne die Ostgebiete des Reiches und ohne Hinweis auf das Saarland).

Inzwischen ist unstrittig, daß 1952 die Westmächte aus »machtpolitischem Kalkül und nationalstaatlichem Eigeninteresse«¹² an der für sie vorteilhafteren Alternative festhielten: an der Westintegration der Bundesrepublik.¹³ Allerdings blieben sie darauf bedacht, Stalins Einheitslockungen so zu beantworten, daß ein Abbruch der diplomatischen »Notenschlacht« nicht an ihnen hängenblieb. Adenauer hat die Verbündeten darin bestärkt, zunächst die vertragliche Westintegration der Bundesrepublik unwiderruflich festzuschreiben und erst dann über die Bedingungen für eine Wiedervereinigung zu verhandeln.

Seine Zuversicht auf künftige erfolgversprechende Verhandlungen mit Moskau beruhten auf folgendem Kalkül: Die östliche Großmacht könne und werde eines Tages – im Zuge einer globalen Entspannung – aus eigenem Interesse dazu bewogen werden, ihre Ziele und Positionen zu ändern: sei es aus politischer Schwäche oder infolge (rüstungs-)wirtschaftlicher Schwierigkeiten, sei es aus Rücksichtnahme auf Selbstständigkeitsbestrebungen in den Satellitenstaaten, sei es mit Blick auf eine künftige Bedrohung durch Rotchina.¹⁴

Der Bundeskanzler blieb davon überzeugt, mit der totalitären östlichen Diktatur nicht aus einer Position der Schwäche und Uneinigkeit des Westens verhandeln zu können. Er suchte vielmehr »durch eigene Stärke« ein

¹¹ Vgl. Adenauers Verhandlungen mit den drei Hohen Kommissaren am 14. November 1951. *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland*, Band 1, bearb. von Frank-Lothar KROLL und Manfred NEBELIN, München 1989, S. 575f.

¹² Andreas HILLGRUBER, »Die Forderung nach der deutschen Einheit im Spannungsfeld der Weltpolitik nach 1949«, in: *Einheit – Freiheit – Selbstbestimmung. Die Deutsche Frage im historischen Bewußtsein*, hrsg. von Karl-Ernst JEISMANN, Frankfurt 1988, S. 220.

¹³ Die Literatur zum Thema »Stalin-Note« ist inzwischen kaum mehr überschaubar. Zuletzt Gerhard WETTING, »Die Stalin-Note vom 10. März 1952 als geschichtswissenschaftliches Problem«, in: *Deutschland-Archiv* 25 (1992), S. 157ff.

¹⁴ Eine seiner letzten Äußerungen zu diesem Thema lautete am 13. August 1963: »Ich würde am liebsten haben, wenn die Russen und die Chinesen sich gegenseitig an den Hals kriegen.« Adenauer, *Teegespräche 1961-1963*, bearb. von Hans Peter MENSING, Berlin 1992, S. 428.

Verhandlungspartner zu werden, den auch der Kreml respektierte. Dabei ging er – auch wenn er ständig vor dem expansionistischen Bolschewismus warnte – davon aus, daß Moskau die angestrebte Herrschaft über ganz Westeuropa nicht durch einen Krieg zu erreichen suche. Ebenso blieb Adenauer davon überzeugt, daß die westlichen Freiheitsvorstellungen auf die Dauer unwiderstehliche Anziehungskraft auf die Menschen hinter dem Eisernen Vorhang entwickeln würden.

Seit 1953, nach Stalins Tod, schwächte sich der Ost-West-Gegensatz ab, unbeschadet der Niederschlagung des Volksaufstands in der DDR am 17. Juni 1953 durch die Rote Armee. Dieses Vorgehen bestätigte im übrigen Adenauers Sicherheitskonzept. Es erwies sich auch als tragfähig, als es in der Folge den Vier Mächten nicht gelang, sich über Deutschland zu verständigen. Umso schwerer war der Rückschlag für Adenauers Integrationspolitik, als Ende August 1954 das Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft an der französischen Nationalversammlung scheiterte.

Dadurch allerdings wurde den Westmächten schlagartig bewußt, daß die Bundesrepublik auf andere Weise supranational integriert, also gebändigt werden mußte. Innerhalb weniger Wochen gelang der Abschluß eines revidierten Deutschlandvertrags. Er führte im Mai 1955 zur Souveränität der Bundesrepublik und, daran anschließend, zu ihrem Beitritt zur NATO, der den Verzicht auf militärpolitische Souveränität bedeutete. Auf der Gegenseite gliederte die Sowjetunion ihr »Faustpfand« DDR dem Warschauer Pakt ein.

Für Frankreichs Zustimmung zum Deutschlandvertrag hatte der Bundeskanzler Konzessionen für das Saargebiet zugestehen müssen, das seit 1946 von Deutschland getrennt war. Er erreichte jedoch, daß die französische Regierung in zwei Punkten nachgab: Sie akzeptierte, daß das von ihr geforderte »Saarstatut« – die Grundlage für eine Art europäisiertes Musterland – einer Volksabstimmung unterworfen wurde und daß sich als Voraussetzung für eine »Demokratisierung im Innern« pro-deutsche Parteien organisieren konnten.

Seit Mitte der fünfziger Jahre veränderte sich die Nachkriegskonstellation, schwächte sich der Ost-West-Gegensatz ab: Folge des schon erwähnten atomaren Gleichgewichts der beiden Supermächte. Deren vordringliches Interesse galt nunmehr bilateralen Verhandlungen über kontrollierte Abrüstung und ein europäisches Sicherheitssystem. Unter deren Schirm suchte die Sowjetunion die DDR international aufzuwerten.

Im Gefolge von Chruschtschows Koexistenz-Propaganda geriet die Deutsche Frage in den Sog einer Entspannungseuphorie. Nach dem Scheitern einer Gipfelkonferenz der Vier Mächte 1955 in Genf und dem einer anschließenden Deutschlandkonferenz ihrer Außenminister mußte die Bonner Deutschlandpolitik aus der Defensive operieren.

Bei seinem Staatsbesuch in Moskau im September 1955 gelang es Adenauer nicht, die kommunistischen Diktatoren von ihrer Fixierung auf die DDR abzubringen. Im Gegenteil: der Bundeskanzler mußte – als Gegenleistung für die Freilassung von fast 10 000 Kriegsgefangenen – der vom Kreml geforderten Aufnahme diplomatischer Beziehungen zustimmen. Die westlichen Bündnispartner waren über den von ihnen nicht erwarteten Bonner Kurswechsel zunächst überrascht, dann jedoch erleichtert. Künftig sahen sie eigene Initiativen zur Entspannung nicht mehr durch Rücksichtnahme auf deutsche Belange blockiert.

Adenauer war gezwungen, seine Deutschlandpolitik in einem gewandelten internationalen Umfeld neu zu vermessen. Die Politik im Zeichen der »Hallstein-Doktrin« vermochte die DDR erstaunlich lange international zu isolieren, verengte jedoch den außenpolitischen Spielraum. Andererseits wurde der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik durch die »Abstimmung mit den Füßen« in Form anhaltender Massenflucht aus der DDR (bis 1961: 2,7 Millionen) weiterhin legitimiert.

Angesichts der Stagnation in der Deutschlandpolitik gewann die Lösung des Saarproblems, das die deutsch-französische Verständigung so lange belastet hatte, Signalcharakter. Zwar verwarfen im Oktober 1955 67,7 % der Wähler an der Saar, entgegen Adenauers Votum, den ihnen zugedachten europäischen Sonderstatus. Die französische Regierung akzeptierte jedoch – und dies war eine Folge der inzwischen erreichten Aussöhnung zwischen Bonn und Paris – die freie Willensbekundung. Damit war das Tor für neue Verhandlungen geöffnet. Als deren Ergebnis konnte das Saarland Anfang 1957 in die Bundesrepublik eingegliedert werden. Diese »Wiedervereinigung im kleinen« (Hans-Peter Schwarz) – eine unmittelbare Folge praktizierten Selbstbestimmungsrechts – erhielt Modellcharakter für eine gesamtdeutsche Lösung.

Diese aber rückte keineswegs näher. Im Gegenteil: die neue globale Kräfteverteilung verstärkte Adenauers Besorgnis über ein – auch in der Doppelkrise vom Herbst 1956 (Suez, Ungarn) praktiziertes – weiteres Zurückweichen der Westalliierten gegenüber der Sowjetunion. Er befürchtete, daß sich die Welt an die Existenz der DDR gewöhnen werde. So suchte er weiterhin alles zu verhindern, was geeignet erschien, das Ulbricht-Regime international aufzuwerten. Gleichzeitig aber blieb der Bundeskanzler darauf bedacht, das Schicksal der davon betroffenen Deutschen zu erleichtern und sie aus ihrer »Sklaverei« zu befreien, wie er seit 1956 immer wieder formulierte.

Er wollte nicht die Bundesrepublik »auf den Altar der Versöhnung zwischen Ost und West geworfen« wissen, weil damit auch das Schicksal der Deutschen in der »Ostzone erledigt« sei (10. März 1956). Sein »Potsdam-Komplex« bestand in der Furcht, daß die Vier Mächte zur Sieger-Konstella-

tion von 1945 zurückkehren und den status quo, also die Teilung, vertraglich festschreiben würden.

Dabei wuchs auch in der Bundesrepublik die Bereitschaft, auf östliche Forderungen einzugehen. So lautete auch ein Vorschlag des Bundestags vom 2. Juli 1958, ein Viermächte-Gremium zur »Lösung der Deutschen Frage« zu bilden, also nicht mehr, wie bisher, zur »Wiedervereinigung Deutschland«. (Eine »Lösung« konnte auch auf andere Weise erfolgen.) Damit griff diese einstimmig verabschiedete Entschliebung, die Adenauer als »Aufweichung« der bisherigen Linie kritisierte, jene Formel auf, die die Sowjetunion seit 1955 benutzte, um die Anerkennung der DDR durchzusetzen.

Dieses Ziel suchte Chruschtschow seit Ende November 1958 mit Hilfe der provokativ ausgelösten zweiten Berlin-Krise zu erreichen, die gleichzeitig darauf ausgerichtet war, die Westmächte aus der Stadt zu verdrängen. Deren Regierungen ließen sich zum Entsetzen Adenauers – der aufgrund der neuen Konstellation seinen außenpolitischen Bewegungsspielraum verlor – auf Verhandlungen ein. Sie drängten zudem die Bundesregierung, sogar »in ziemlich massiver Weise« (22. Januar 1959), zu Entgegenkommen. Bei aller Bereitschaft dazu weigerte sich der Bundeskanzler jedoch, das Ulbricht-Regime (und damit die Teilung Deutschlands) anzuerkennen oder Vier-Mächte-Kompromissen auf Kosten Deutschlands zuzustimmen.

Allerdings konnte er nicht verhindern, daß an der Genfer Außenministerkonferenz vom Sommer 1959 erstmals auch »Berater« aus der DDR teilnahmen. Dort einigten sich die Vier Mächte darauf – entgegen Adenauers Drängen –, das Sonderproblem Berlin getrennt zu behandeln, also von dem der Wiedervereinigung Deutschlands und einer kontrollierten Abrüstung, als Voraussetzung globaler Entspannung, abzukoppeln. Die Westmächte hielten die akut gefährdete Freiheitssicherung für die West-Berliner für vordringlich. Damit gaben sie die bisherigen Bekundungen ihrer Verpflichtung preis, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen.¹⁵

Das wurde seit 1961 noch deutlicher. Nach dem Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Kennedy gewann in Washington eine Defensivstrategie die Oberhand, das nukleare »Gleichgewicht des Schreckens« durch weitere Nachgiebigkeit gegenüber Moskau zu stabilisieren, und zwar auf Kosten Berlins. Am 25. Juli 1961 – angesichts einer dramatisch angestiegenen Fluchtbewegung aus der DDR – reduzierte Kennedy demonstrativ die Interessen der Westmächte auf die bekannten drei »Essentials«: freier Zugang nach und Präsenz der alliierten Truppen in Berlin, aber Freiheitssicherung nur für die West-Berliner.¹⁶

15 Aufgeführt bei Daniel KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987, S. 849.

16 Eine nur auf West-Berlin bezogene – aber wenig beachtete – Erklärung hatte bereits

Die Antwort Ulbrichts auf diese Respektierung der sowjetischen Einflußsphäre erfolgte drei Wochen später: der Bau der von den Diktatoren des Ostblocks genehmigten Berliner »Schandmauer«. Die Beton- und Stacheldrahtgrenze, bald auch quer durch Mitteldeutschland, stabilisierte, aber diskreditierte gleichzeitig auch das Regime des »real existierenden Sozialismus«.

Der 13. August 1961 bedeutete aber auch einen Rückschlag für die Deutschlandpolitik Adenauers, der nicht sofort die bedrohte Stadt aufsuchte, weil er befürchtete, dadurch die Krise noch zu verschärfen. Die Quittung erhielten die Unionsparteien sechs Wochen später bei der Bundestagswahl. Verluste der CDU schwächten die Stellung Adenauers. In den ihm noch verbleibenden zwei Kanzlerjahren erreichte er immerhin, allerdings nur mit enormem Druck, daß die Westmächte nicht weitere Konzessionen auf Kosten Berlins machten.

Deswegen unterstützte er vorübergehend auch, anders als 1959, die Verbündeten in deren Absicht, das akute Berlin-Problem zunächst gesondert zu lösen. Auf diese Weise sollte die sowjetische Verhandlungsbereitschaft über andere Fragen (Abrüstung) getestet und den Berlinern »mal wieder für zehn Jahre, wenn möglich, eine Hoffnung« gegeben werden, »damit die Stadt innerlich lebendig bleibt«. Unabhängig davon sondierte Adenauer erneut Möglichkeiten eines direkten Gesprächs mit Chruschtschow. Dabei betonte er, wie seit 1956 unentwegt, daß für ihn die »Frage der Zone und Berlins« nicht in erster Linie ein nationales, sondern ein menschliches Problem sei.

So war er für humanitäre Zugeständnisse des Ulbricht-Regimes, das Los der 17 Millionen Menschen zu erleichtern, bereit, einen politischen »Preis zu bezahlen«, d.h. – wie eine berühmt gewordene Passage in einer Regierungserklärung vom 9. Oktober 1962 lautete –, »über vieles mit sich reden zu lassen«. Zu den Zwischen- bzw. »Übergangslösungen«, die Adenauer – unter dem Druck der bis 1962 anhaltenden Berlin-Krise – vorschwebten, zählte auch eine befristete Hinnahme der DDR-Existenz. Allerdings sollten über eine endgültige Lösung des Deutschland-Problems (einschließlich der Grenzfrage)¹⁷, und daran hielt er fest, später dann allein die Deutschen frei

das Kommuniqué eines Gesprächs Adenauer mit Präsident Eisenhower am 15. März 1960 in Washington enthalten. *Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/4/1*, bearb. von Ernst DEUERLEIN und Günter HOLZWEISSIG, Frankfurt 1972, S. 514.

17 Dazu vgl. Lothar KETTENACKER, »Die Oder-Neiße-Linie als Faustpfand«, in: *Großbritannien und Ostdeutschland* (wie Anm. 10), S. 77: »Solange das politische Bewußtsein in Deutschland noch von der Kriegsgeneration geprägt war, konnte es sich keine frei gewählte deutsche Regierung erlauben, auf die ehemals deutschen Ostgebiete zu verzichten.« Am 9. November 1959 erklärte Adenauer im Bundesvorstand der CDU: »Man muß sich darüber klar sein ..., daß keiner unserer Bundesgenossen ... einen Krieg anfangen wird wegen der Oder-Neiße-Linie.« ACDP VIII-001-008/3.

entscheiden. Dafür jedoch war Chruschtschow nicht zu gewinnen, der auf ein Sich-Abfinden mit dem status quo spekulierte.

Andrerseits waren die Westmächte nicht bereit, Adenauers Drängen zu folgen und die ständig in Wirtschaftskrisen befindliche Sowjetunion durch ein gezieltes Handelsembargo »gegen den ganzen Ostblock« (Seeblockade, Röhrenembargo) an den Verhandlungstisch zu bringen.

Die verschiedenartigen Problemlösungsversuche der Jahre 1958-1962 (»Österreich-Lösung«, »Burgfriedensplan«, »GlobkePlan«, »Stillhalteabkommen«) belegen die realpolitische Flexibilität des vielfach als »doktrinär« und »starr«, als »Kalter Krieger« eingeschätzten, inzwischen 85jährigen Bundeskanzlers. Sie verdeutlichen aber auch dessen Dilemma angesichts der fortbestehenden Bedrohung Berlins: Selbst die inzwischen auch gegenüber Moskaus Satellitenstaaten defensive Deutschlandpolitik¹⁸ wurde von der Opposition wie von meinungsbildenden Medien nicht mehr unterstützt, noch weniger von den auf Entspannungskurs gegenüber Chruschtschow verharrenden Westmächten.

Am 8. Februar 1962 erläuterte Adenauer dieses Dilemma gegenüber einem amerikanischen Journalisten: »Sehen Sie mal, in welch verrückter Welt wir leben: Wenn Neger am Kongo oder im Inneren Afrikas so behandelt würden wie jetzt die Deutschen mitten in Europa, dann würde ein Aufstand in der Welt sein, die UNO würde Gott weiß was für ein Spektakel machen, und man brächte sich um. Aber an der Tatsache, daß nun mitten im Herzen Europas deutsche Menschen – 16 Millionen sind es jetzt noch – derartig schmachvoll behandelt werden, daran nimmt keiner mehr Anstoß.«¹⁹

Die Westmächte, die an ihren Positionen in (West-)Berlin festhielten, wollten nicht durch eine unkalkulierbare Neuordnung des europäischen Staatensystems in einen nuklearen Konflikt getrieben werden. Andererseits erreichten sie nicht, daß Adenauer darauf verzichtete, weiterhin das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk zu fordern. Insofern blieb dem ersten Bundeskanzler eine »Kapitulation vor der Realität« der Teilung (Hermann Graml) erspart. Er vermochte jedoch nicht, das Deutschlandproblem mit der europäischen Antwort für alle Deutschen zu lösen.

¹⁸ Die von Außenminister Heinrich von Brentano 1959 entwickelte und von Adenauer akzeptierte Idee eines deutsch-polnischen Gewaltverzichtsabkommens war innenpolitisch nicht durchsetzbar, weil daraus eine indirekte Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze abgeleitet worden wäre. Wilhelm G. GREWE, »Heinrich von Brentano«, in: *Geschichtsblätter Kreis Bergstraße* 23 (1990), S. 15. Brentano hatte 1956 öffentlich ausgesprochen, daß die deutsche Einheit nur um den Preis der ehemaligen Ostgebiete gewonnen werden könne. Daniel KOSTHORST, »Heinrich von Brentano (1904-1964)«, in: *Die Brentano*, hrsg. von Konrad FEILCHENFELD und Luciano ZAGARI, Tübingen 1992, S. 89.

¹⁹ *Teegespräche* (wie Anm. 14), S. 99. Die beiden folgenden Zitate ebd., S. 421, 459.

Am 13. August 1963 antwortete er auf die präzise Frage des deutsch-amerikanischen Historikers Klaus Epstein, ob die Wiedervereinigung seit 1949 »überhaupt je möglich gewesen« wäre, ebenso präzise: »nein«, fügte jedoch hinzu: »Aber wenn wir klug sind und Geduld haben, wird es eines Tages ... doch dazu kommen.« Und noch fünf Tage vor seinem Rücktritt erklärte er: »Ich möchte nur, daß endlich einmal Deutschland vereinigt würde und frei wäre.«

Niemand konnte die revolutionären Umwälzungen vom Herbst 1989 in Ost- und Ostmitteleuropa vorhersehen, auch nicht der erste Bundeskanzler. Dennoch hat er, im Unterschied zu zeitgenössischen wie späteren Kritikern seiner Wiedervereinigungspolitik, an zwei Voraussetzungen festgehalten: Die Deutsche Frage auf friedlichem Wege offen zu halten, ohne die Bindungen der Bundesrepublik an den Westen zu zerstören. Erst dann war im Rahmen einer europäischen Lösung, mit Hilfe der Westmächte, die Überwindung der Teilung anzustreben, aber nur, wenn auch Freiheit und Sicherheit ganz Deutschlands garantiert sein würden. Der Weg zu diesem Ziel sollte über das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen führen und dessen Ergebnisse dann, wie immer sie ausfallen würden, gültig sein.

In seiner letzten Rede auf einem Parteitag der CDU, am 21. März 1966 in Bonn, bezeichnete es Adenauer als »sehr schmerzlich«, daß es nicht gelungen sei, die Wiedervereinigung zu erreichen. Dann jedoch prophezeite der 90jährige Unionspolitiker: »Eines Tages wird auch Sowjetrußland einsehen, daß diese Trennung Deutschlands und damit die Trennung Europas nicht zu seinem Vorteil ist.«

Inzwischen hat die deutschlandpolitische Zielsetzung des ersten Bundeskanzlers eine späte Rechtfertigung erfahren, hat sich der »Realist als Visionär« erwiesen.²⁰ Die Westintegration schloß die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit nicht aus²¹, und die »Magnettheorie« erwies sich als richtig. Adenauer wollte die Wiedervereinigung nur zu bestimmten Bedin-

20 Klaus GOTTO in *Die politische Meinung* Jg.35 (1990), H. 249, S. 8; DERS.: »Konrad Adenauer – Gedanken zum 25. Todestag«, in: *Die politische Meinung* Jg. 37 (1992), H. 269, S. 8.

21 Nach Hans-Peter SCHWARZ ist die »Erreichbarkeit des Adenauerschen Maximalkonzepts einer Wiedervereinigung« 1989/90 »empirisch verifiziert worden«, in: *Das Parlament*, 1. Mai 1992. Vgl. ferner Horst MÖLLER, »Die Politik Konrad Adenauers im Spannungsfeld von Westintegration und 'Deutscher Frage'«, in: *Nachdenken über Geschichte*, hrsg. von Hartmut BOOCKMANN und Kurt JÜRGENSEN, Neumünster 1991, S. 630f.

gungen, die, was bis 1967 schwerlich zu erwarten war, 1989 eingetreten sind. Die Geschichte hat den ersten Bundeskanzler »posthum zum Sieger erklärt«,²² Und die Widmung seiner Memoiren (»Meinem Vaterland«) bezog sich nicht nur auf die »alte« Bundesrepublik Deutschland.

22 Claus JACOBI, *Fremde, Freunde, Feinde*, Berlin 1991, S. 175. – Ungewöhnlich prägnant hat der CDU-Abgeordnete Karl Theodor Frhr. zu Guttenberg am 31. Oktober 1962 den Zusammenhang von westlicher Integrations- und Wiedervereinigungspolitik in einem Privatbrief (als Antwort auf eine Zuschrift, in der dieser Zusammenhang bezweifelt worden war) so formuliert: »Ich will Ihnen einen Beweis dafür, daß die Europäische Einigung der deutschen Wiedervereinigung nicht im Wege steht, geben: Die deutsche Spaltung ist eine Folge des Kalten Krieges. Der Kalte Krieg ist der Ausdruck des sowjetischen Strebens nach Weltherrschaft. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit ist Freiheit, setzt also die Beendigung des Kalten Krieges voraus. Um den Kalten Krieg erfolgreich bestehen zu können, muß der Westen einig und stark sein. Alles, was daher das freie Deutschland zur Einigung und Stärkung des Westens tut, ist gleichzeitig wohlgetan für die deutsche Wiedervereinigung. Ergo: Europäische Einigungspolitik und deutsche Wiedervereinigungspolitik ist ein- und dieselbe Sache.« Kopie im Besitz des Verfassers.